



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Gesetz zur Aufhebung der Gerichtsgebührenfreiheit der Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2985

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 22. Mai 2015 überwiesenen Gesetzentwurf in mehreren Sitzungen, abschließend am 20. April 2016, befasst.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/2985, abzulehnen.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende